

MORNING NEWS

26. Januar 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net %		VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net %		VORTAG
DAX	24.900,71	44,24	0,18	24.856,47	DJ 30	49.098,71	-285,30	-0,58	49.384,01
MDAX	31.746,12	59,08	0,19	31.687,04	NASDAQ	25.605,47	87,12	0,34	25.518,35
TEC DAX	3.707,00	-0,18	-0,00	3.707,18	Nikkei 225	52.902,68	-944,19	-1,75	53.846,87
Euro Stoxx50	5.948,20	-7,97	-0,13	5.956,17	Hang Seng	26.695,60	-53,91	-0,20	26.749,51
Bund Future	127,68	0,08	0,06	127,60	Euro / US-\$	1.1864	0,00	0,30	1.1828
Gold in US-\$	5.075,01	87,52	1,75	4.987,49	Öl (Brent) US-\$	65,94	0,06	0,09	65,88
Bitcoin / US-\$	87.809,48	1.324,27	1,53	86.485,21	Ethereum / US-\$	2.867,42	51,52	1,83	2.815,93

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.803	-97
NASDAQ Future	25.668,75	-69,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG € %		SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	194,77	-3,15	-0,02	197,92	231,07	4.046.319,00
Nokia OJ	5,71	-0,02	-0,00	5,73	6,77	33.433.963,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Ryanair (07:00 Q3), Stabulus (07:00 Q1)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Ifo Geschäftsklimaindex	Januar	10:00	88,2 (87,6)
D	Ifo Geschäftslage	Januar	10:00	86,0 (85,6)
D	Ifo Geschäftserwartungen	Januar	10:00	90,3 (89,7)
USA	CFNA Index	November	14:30	-0,20 (-0,21)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter, vorab	November	14:30	3,8% (-2,2%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter ex transport, vorab	November	14:30	0,3% (0,1%)
USA	Dallas Fed Verarbeitende Industrie	Januar	16:30	-8,6 (-10,9)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,21 (1,31)	10-jährige Bonds	+0,141	4,23%
Volumen NASDAQ	8,24 (9,01)	30-jährige Bonds	+0,250	4,83%

(=Vortag

Ein **enttäuschender Ausblick** des Chipriesen **Intel** hat den Dow Jones am Freitag ins Minus gedrückt. Zum Wochenschluss einer turbulenten Handelswoche hielten sich die Anleger insgesamt zurück, da in der kommenden Woche wichtige Unternehmensbilanzen und der Zinsentscheid der US-Notenbank anstehen.

Der Dow-Jones-Index der Standardwerte notierte zum Handelsende 0,6 Prozent tiefer bei 49.096 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 schloss nahezu unverändert bei 6915 Zählern. Der Index der Technologiebörsen Nasdaq gewann 0,3 Prozent auf 23.499 Punkte.

Maßgeblich für die schlechte Stimmung im Standardwerte-Index war der Kursrutsch von 17 Prozent bei Intel. Die Aktien gaben deutlich nach, nachdem der Konzern Umsatz und Gewinn für das laufende Quartal unter den Markterwartungen angesetzt hatte. Intel teilte mit, das Unternehmen habe Schwierigkeiten, die hohe Nachfrage nach seinen Server-Chips für KI-Rechenzentren zu bedienen.

Die Märkte blicken auf eine schwankungsanfällige Woche zurück. Nach einem Ausverkauf am Dienstag hatten sich die Kurse zur Wochenmitte wieder erholt. Auslöser der Turbulenzen waren Drohungen von US-Präsident Donald Trump, Zölle gegen europäische Verbündete zu verhängen, um seine Ansprüche auf Grönland durchzusetzen. Trotz der politischen Unruhen zeigten sich Marktteilnehmer zuversichtlich. "Wir fühlen uns ziemlich gut damit, wo wir heute stehen", sagte Jason Blackwell, Chef-Anlagestratege bei Focus Partners Wealth. Zwar sei angesichts der im Herbst anstehenden Zwischenwahlen ("Midterms") mit Volatilität zu rechnen, die Unternehmensgewinne und die Konjunktur seien aber robust.

In der kommenden Woche richtet sich der Fokus auf die **Bilanzen der großen Technologiekonzerne**. Investoren warten darauf, ob sich die hohen Ausgaben für Künstliche Intelligenz (KI) in den Umsätzen niederschlagen. Apple, Tesla und Microsoft werden ihre Bücher öffnen. Am Freitag zeigten sich die sogenannten "Magnificent Seven" uneinheitlich: Während Tesla und Alphabet nachgaben, legten Microsoft, Meta und Amazon zu.

Nvidia profitierte von einem Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg, wonach chinesische Firmen Bestellungen für bestimmte KI-Chips vorbereiten dürfen und legt um 1,5 Prozent zu.

Zudem steht der **Zinsentscheid der US-Notenbank** Fed an. Experten erwarten, dass die Währungshüter den Leitzins in der Spanne von 3,50 bis 3,75 Prozent belassen. Anleger werden die Aussagen von Fed-Chef Jerome Powell auf Hinweise für eine erste Zinssenkung abklopfen, die an den Märkten derzeit für Juni erwartet wird. Konjunkturdaten stützten die Stimmung zum Jahresauftakt: Die Unternehmensstimmung blieb im Januar stabil, und das Verbrauchertrauen hellte sich auf.

US Unternehmen

Der US-Pharmakonzern **Merck** ist einem Medienbericht zufolge nicht mehr in Gesprächen über den Kauf des Krebsmedikamentenentwicklers **Revolution Medicines**. Die Gespräche seien abgekühlt, nachdem die Unternehmen keine Einigung über den Preis erzielen konnten, berichtete das "*Wall Street Journal*" am Sonntag unter Berufung auf Insider. Es sei aber möglich, dass die Gespräche wieder aufgenommen würden oder ein anderer Käufer für Revolution auftauchen könnte.

Laut einem Bericht der "*Financial Times*" ("FT") plant die **US-Regierung** eine **Investition von 1,6 Milliarden Dollar** in das Bergbauunternehmen **USA Rare Earth**. Im Gegenzug solle die Regierung einen Anteil von zehn Prozent an dem auf Seltene Erden spezialisierten Unternehmen erhalten, berichtete die Zeitung am Samstag unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Die Bekanntgabe der staatlichen Investition sowie einer separaten privaten Finanzierung in Höhe von einer Milliarde Dollar sei für Montag geplant.

Marktmeldungen

Außenminister Johann Wadephul hat die Entscheidung des Europäischen Parlaments zum **Mercosur-Handelsabkommen** zwischen der EU und vier südamerikanischen Ländern als "sehr großen politischen Fehler" bezeichnet. Der mit Hilfe der deutschen Grünen nur knapp zustande gekommene Mehrheitsbeschluss, das nach jahrelangen Verhandlungen unterzeichnete Abkommen nun noch gerichtlich prüfen zu lassen, sei "ein schwerer Rückschlag", sagte der CDU-Politiker dem *Deutschlandfunk*. Das Votum bedeute mindestens "eine erhebliche Zeitverzögerung, die auch politisches Vertrauen kostet".

Viele **Unternehmen in Deutschland** sind dem IW-Institut zufolge möglicherweise nicht ausreichend auf einen **Spannungs- und Verteidigungsfall** vorbereitet. "Gesamtverteidigung und Abschreckung gegenüber Russland kann nicht

allein militärisch gedacht werden, sondern erfordert die systematische Einbindung der Wirtschaft", berichtete die "Süddeutsche Zeitung" (Montagausgabe) unter Berufung auf eine noch nicht veröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) (Reuters).

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat **US-Präsident** Donald Trump eine **Entschuldigung** für dessen **Kritik am Afghanistan-Einsatz der Nato** nahegelegt. "Das wäre ein Zeichen von Anstand, von Respekt und auch von Einsicht", sagte der SPD-Politiker am Sonntag in einer Aufzeichnung für die *ARD-Sendung "Caren Miosga"*. Er schränkte jedoch zugleich ein: "Aber wir wissen alle, wie der amerikanische Präsident funktioniert." Alle hätten beim Afghanistan-Einsatz mit den USA gekämpft. "So über die Gefallenen der Verbündeten zu reden, ist einfach unanständig und respektlos. Alle standen da, standen an der Seite der USA. Heute etwas anderes zu behaupten, ist schlicht nicht wahr."

Bundesbank-Präsident Joachim Nagel hat das **Vorgehen der US-Regierung** gegen den **Chef der Notenbank** Federal Reserve (Fed), Jerome Powell, verurteilt. "Das ist ein Unding", sage Nagel dem *"Tagesspiegel"*. "Die Art, wie er politisch angegangenen wird, erschüttert mich bis ins Mark."

Eine **Mehrheit der Bundesbürger** sieht in **US-Präsident** Donald Trump laut einer Insa-Umfrage eine **Bedrohung für Deutschland**. In einer repräsentativen Befragung für die *"Bild am Sonntag"* unter rund 1.000 Menschen gaben 61 Prozent eine entsprechende Antwort. 24 Prozent sehen Trump hingegen als Verbündeten. 15 Prozent machten keine Angaben.

Die **USA** wollen zwar weiter fester Bündnispartner der **Nato** und damit Verbündeter der Europäer sein, sehen in der Verteidigung ihres Landes und der umliegenden Regionen aber die Priorität. Das geht aus der neuen **nationalen Verteidigungsstrategie** der Regierung von US-Präsident Donald Trump hervor. Auch die Abschreckung gegenüber China wird darin hervorgehoben (dpa/AFX).

Das **Pentagon** sieht für sich künftig eine begrenztere Rolle bei der **Abschreckung Nordkoreas** und will die Federführung **Südkorea** überlassen. Dies geht aus einem am Freitag veröffentlichten Strategiepapier des US-Verteidigungsministeriums hervor. Der Schritt dürfte in Seoul Besorgnis auslösen. "Südkorea ist in der Lage, die Hauptverantwortung für die Abschreckung Nordkoreas zu übernehmen, mit entscheidender, aber begrenzterer Unterstützung der USA", heißt es in der Nationalen Verteidigungsstrategie, einem Dokument, das die Politik des Pentagons bestimmt. Derzeit sind etwa 28.500 US-Soldaten in Südkorea stationiert (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat **Kanada** für den Fall eines **Handelsabkommens mit China** mit **massiven Strafzöllen** gedroht. Sollte Kanada ein solches Abkommen umsetzen, würden die USA umgehend einen Zoll von 100 Prozent auf alle kanadischen Waren und Produkte erheben, schrieb Trump am Samstag auf seiner Plattform Truth Social. "China wird Kanada bei lebendigem Leibe fressen, es vollständig verschlingen, einschließlich der Zerstörung seiner Unternehmen, seines sozialen Gefüges und seiner allgemeinen Lebensweise", warnte Trump den kanadischen Premierminister Mark Carney (Reuters).

Nach **erneut tödlichen Schüssen** bei einem **Einsatz von US-Bundesbeamten in Minneapolis** wächst die Wut auf US-Präsident Donald Trump und dessen rigorose Abschiebepolitik. Die Eltern des auf der Straße erschossenen US-Bürgers werfen den Einsatzkräften vor, ihren Sohn Alex Patti ohne legitimen Grund getötet zu haben. Hochrangige Beamte der Regierung von US-Präsident Donald Trump haben auch am Sonntag die **Erschießung eines US-Bürgers** durch Einwanderungsbeamte in Minneapolis verteidigt. Dabei schilderten sie einen Hergang der Tat von Samstag, der nicht dem entspricht, was auf Videos von dem Vorfall zu sehen ist. Brian O'Hara, der **Polizeichef von Minneapolis**, sagte dem Sender CBS, die Videos sprächen für sich selbst. Die Darstellung der Trump-Administration sei "zutiefst beunruhigend" (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat nach der **Erschießung eines US-Bürgers** durch Einwanderungsbeamte in **Minneapolis** eine **Überprüfung des Vorfalls** angekündigt. In einem am Sonntag (Ortszeit) veröffentlichten Interview der Zeitung *"Wall Street Journal"* sagte Trump, seine Regierung prüfe alles und werde dann zu einem Ergebnis kommen. Zudem deutete er einen möglichen Abzug der Beamten an. "Irgendwann werden wir gehen", zitierte ihn das Blatt. "Sie haben phänomenale

Arbeit geleistet." Einen Zeitplan nannte er dem Bericht zufolge jedoch nicht. Eine andere Gruppe von ICE-Beamten werde wegen eines Finanzbetrugs weiter in der Stadt bleiben, sagte Trump demnach (Reuters).

Ein **US-Bundesgericht** hat den Versuch der Regierung von Präsident Donald Trump gestoppt, den **legalen Aufenthaltsstatus von mehr als 8400 Migranten** zu beenden. Dabei handelt es sich um Familienangehörige von US-Bürgern und Inhabern einer sogenannten Green Card aus sieben lateinamerikanischen Ländern. Richterin Indira Talwani in Boston erließ am Samstagabend (Ortszeit) eine einstweilige Verfügung. Diese hindert das US-Heimatschutzministerium daran, die humanitäre Aufenthaltsgenehmigung für Tausende von Menschen aus Kuba, Haiti, Kolumbien, Ecuador, El Salvador, Guatemala und Honduras zu beenden.

Die **Folgen des Wintersturms** in den **USA** werden immer heftiger. Mehr als eine Million **Stromkunden** waren am Sonntagnachmittag (Ortszeit US-Ostküste) von Ausfällen betroffen, wie die Übersichtsseite poweroutage.us, die Daten von Energieversorgern zusammenträgt, auflistete. Zu Ausfällen kam es in Haushalten in südlichen Bundesstaaten wie Tennessee, Texas und Louisiana, aber auch an der Ostküste waren Regionen betroffen. Inzwischen gibt es auch **Tote** wegen des Wintersturms. Zwei Männer starben an Unterkühlung in der Region Caddo Parish im Bundesstaat Louisiana, wie die zuständige Gesundheitsbehörde mitteilte. Das Alter der Männer sei unbekannt. Der Wintersturm erfasste den Süden, Mittleren Westen und auch die Ostküste der Vereinigten Staaten. 190 Millionen Bewohner der USA sind nach Behördenangaben betroffen (dpa/AFX).

Ein **Dokument** der USA über **Sicherheitsgarantien für die Ukraine** ist nach Angaben von **Präsident** Wolodymyr Selenskyj vollständig ausgearbeitet und **unterzeichnungsreif**. "Für uns sind Sicherheitsgarantien zuallererst Garantien der Sicherheit von den Vereinigten Staaten", sagte Selenskyj am Sonntag in der litauischen Hauptstadt Vilnius bei einem Treffen mit Präsident Gitanas Nauseda. "Das Dokument ist zu 100 Prozent fertig, und wir warten darauf, dass unsere Partner den Termin und den Ort bestätigen, an dem wir es unterzeichnen werden." Das Dokument werde anschließend zur Ratifizierung an den US-Kongress und das ukrainische Parlament weitergeleitet (Reuters).

In der **kommenen Woche** sind nach US-Angaben **weitere Gespräche** zur Beendigung des **Ukraine-Kriegs** in den Vereinigten Arabischen Emiraten geplant. Zu den am vergangenen Freitag und Samstag abgehaltenen trilateralen Gesprächen zwischen Kiew, Moskau und Washington schrieb der US-Sondergesandte Steve Witkoff auf der Plattform X, diese seien "sehr konstruktiv" gewesen. Es seien Pläne gemacht worden, "die Gespräche nächste Woche in Abu Dhabi fortzusetzen." (dpa/AFX).

In der ukrainischen Hauptstadt **Kiew** sind nach einer Serie **russischer Luftangriffe** laut Behördenangaben noch immer rund 1700 Wohngebäude ohne Heizung. Seit dem Vorabend sei die **Wärmeversorgung** in mehr als 1600 Häusern wiederhergestellt worden, schreibt Bürgermeister Vitali Klitschko auf dem Kurznachrichtendienst Telegram. Die Reparaturarbeiten dauerten an (Reuters).

In der **südrussischen Stadt Slawjansk-na-Kubani** sind örtlichen Angaben zufolge nach dem **Absturz von Drohnenfragmenten** Brände in zwei Betrieben ausgebrochen. Eine Person wurde dabei verletzt, wie das regionale Notfallzentrum mitteilt. Um welche Unternehmen es sich genau handelt, lässt die Behörde offen. In der Stadt befindet sich unter anderem eine private Raffinerie, die auch für den Export produziert (Reuters).

Litauens Präsident Gitanas Nauseda wirft **Russland** vor, sich einer Verpflichtung zu einem dauerhaften und gerechten **Frieden in der Ukraine** zu entziehen. Die Regierung Moskau akzeptiere zudem keinen Waffenstillstand in dem Krieg, sagt Nauseda nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Wilnius (Reuters).

Der **Kreml** hat vor dem Hintergrund der Suche nach einer diplomatischen Lösung des Ukraine-Kriegs die **politische Führung der EU** als inkompotent kritisiert. Das **russische Präsidialamt** lehnt jegliche Gespräche mit der **EU-Außenbeauftragten** Kaja Kallas ab. "Wir werden niemals mit ihr etwas besprechen, und die Amerikaner auch nicht, das ist doch klar", sagt Kreml-Sprecher Dmitri Peskov im russischen Staatsfernsehen. Man werde einfach abwarten, bis Kallas ihr Amt verlasse. Die Estin hat Russland vorgeworfen, keine Zugeständnisse in der Frage zu machen, wie man den

Krieg beenden könne. Russland habe vielmehr seine Angriffe auf Zivilisten und die zivile Infrastruktur verstärkt - und das in einer Zeit, in der der Winter in der Ukraine für eisige Temperaturen sorge, hatte Kallas kürzlich gesagt.

Papst Leo fordert ein Ende des Krieges in der **Ukraine**. Die anhaltenden russischen Angriffe setzten die Zivilbevölkerung der Winterkälte aus, sagt das Oberhaupt der katholischen Kirche nach seinem wöchentlichen Angelus-Gebet. "Ich appelliere an alle, ihre Bemühungen zur Beendigung dieses Krieges zu verstärken." (Reuters).

Der **chinesische Staatschef** Xi Jinping hat **Indien** anlässlich dessen Nationalfeiertags als "guten Nachbarn, Freund und Partner" bezeichnet. Die Beziehungen zwischen China und Indien hätten sich im vergangenen Jahr weiter verbessert und entwickelt, sagte Xi der amtlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* zufolge. Dies sei von großer Bedeutung für die Wahrung und Förderung von Frieden und Wohlstand in der Welt. Er hoffe, dass beide Seiten den Austausch und die Zusammenarbeit ausbauen und auf die Anliegen des jeweils anderen eingehen würden, um gesunde und stabile Beziehungen zu fördern (Reuters).

Der **Iran** hat angesichts der Verlegung einer US-Flugzeugträgergruppe in die Region für den Fall eines Angriffs mit einem "Krieg mit allen Mitteln" gedroht. "Sollten die **Amerikaner** die Souveränität und territoriale Integrität des Irans verletzen, werden wir antworten", sagte ein hochrangiger Regierungsvertreter am Freitag (Ortszeit), der namentlich nicht genannt werden wollte. Wie eine iranische Antwort aussehen könnte, ließ er offen. Das Militär sei auf das schlimmste Szenario vorbereitet, weshalb im Iran alles in höchster Alarmbereitschaft sei (Reuters).

Die **japanische Ministerpräsidentin** Sanae Takaichi hat angekündigt, ihre Regierung werde gegen **spekulative Marktbewegungen** einschreiten. Zuvor war der **Yen** am Freitag nach einer sogenannten Kursabfrage der US-Notenbank von New York sprunghaft angestiegen. Händler werteten dies als mögliches Zeichen für eine gemeinsame Intervention der USA und Japans, um den Kursverfall der Währung zu stoppen. Sie werde zwar keine konkreten Marktbewegungen kommentieren, sagte Takaichi am Sonntag in einer Fernsehsendung. "Die Regierung wird gegen spekulative oder außergewöhnliche Marktbewegungen vorgehen." (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Das **erwogene Audi-Werk** in den **USA** kann Volkswagen erst bauen, wenn Präsident Donald Trump die Belastung durch **Zölle** senkt. Das machte in einem Interview mit dem "*Handelsblatt*" Oliver Blume deutlich, der Chef des Volkswagen-Konzerns, zu dem Audi gehört. "Bei einer unveränderten Belastung durch die Zölle ist eine große zusätzliche Investition nicht finanzierbar", antworte Blume auf eine entsprechende Frage. "Was wir brauchen, sind kurzfristige Kostenentlastungen und langfristige verlässliche Rahmenbedingungen."

Indien will Import-Zölle auf Autos aus der Europäischen Union Insidern zufolge drastisch senken. Im Zuge eines Freihandelsabkommens sollen die Abgaben von bis zu 110 auf 40 Prozent fallen, wie zwei mit den Verhandlungen vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters* sagten. Bereits am Dienstag könnten beide Seiten den Abschluss der langwierigen Gespräche für das Abkommen bekanntgeben. Davon würden europäische Autobauer wie Volkswagen, Mercedes-Benz und BMW profitieren. Das indische Handelsministerium und die Europäische Kommission lehnten am Sonntag eine Stellungnahme ab. Die Regierung von Ministerpräsident Narendra Modi hat demnach zugestimmt, den Zollsatz für eine begrenzte Anzahl von Autos mit einem Importpreis von mehr als 15.000 Euro sofort zu senken. Dem einen Insider zufolge gilt die Senkung zunächst für eine Quote von rund 200.000 Verbrenner-Fahrzeugen pro Jahr. Im Laufe der Zeit solle der Zollsatz weiter auf zehn Prozent fallen. Elektro-Fahrzeuge seien in den ersten fünf Jahren von den Zollsenkungen ausgenommen. Damit sollen Investitionen einheimischer Hersteller wie Mahindra & Mahindra und Tata Motors geschützt werden.

Banken

Mehr Digitalisierung, weniger Filialen: Die **Deutsche Bank** baut ihr **Privatkundengeschäft** weiter um. "Bis Ende 2026 sollen im Rahmen der bestehenden Programme noch rund 100 **Standorte** wegfallen, nachdem es schon in den

vergangenen Jahren Kürzungen gab", sagte Privatkundenvorstand Claudio de Sanctis den Nachrichtenagenturen *dpa* und *dpa-AFX* in Frankfurt. "Damit sehen wir uns auf dem Weg zu einer für uns angemessenen Zahl von Filialen."

Industrie

Der Industriekonzern **Thyssenkrupp** erwägt laut Insidern den Verkauf einer Beteiligung am Hersteller von Wälzlagern **Rothe Erde**. Dabei gehe es um einen Anteil von rund 30 Prozent, für den der MDax-Konzern das Interesse potenzieller Käufer auslotet, schrieb die Nachrichtenagentur *Bloomberg* unter Berufung auf mit der Sache vertraute Personen. Dabei würde der Bereich, der Branchen wie Windenergie, Bau, Transport und Öl & Gas bedient, mit etwa 1,5 Milliarden Euro bewertet.

Südkorea hat für einen **milliardenschweren U-Boot-Auftrag** eine hochrangige Delegation nach **Kanada** entsandt. Der Stabschef des südkoreanischen Präsidenten, Kang Hoon-sik, reise gemeinsam mit Industrieminister Kim Jung-kwan sowie Vertretern der Konzerne **Hyundai Motor**, **Hanwha** und **HD Hyundai Heavy Industries** nach Kanada, sagte er am Montag vor der Abreise in Seoul. Angesichts des Wettbewerbs mit der "Produktions-Supermacht" Deutschland seien die Aussichten nicht unbedingt einfach, sagte Kang vor Reportern. "Ich hoffe, dass die hervorragende Leistung unserer U-Boote sowie das Engagement der Regierung für den Ausbau der industriellen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern direkt vermittelt werden kann", sagte Kang (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Airbus-Chef Guillaume Faury hat die **Belegschaft** des europäischen Flugzeugbauers in einem internen Schreiben vor neuen **geopolitischen Risiken** gewarnt. "Der Beginn des Jahres 2026 ist von einer beispiellosen Anzahl von Krisen und beunruhigenden geopolitischen Entwicklungen geprägt", heißt es in dem Schreiben, das der Nachrichtenagentur *Reuters* vorlag. "Wir sollten im Geiste der Solidarität und der Eigenständigkeit handeln." Die industrielle Landschaft sei mit Schwierigkeiten übersät, die durch die Konfrontation zwischen den USA und China noch verschärft würden. Die diversen handelspolitischen Spannungen hätten bereits "erheblichen logistischen und finanziellen Kollateralschaden" verursacht, schrieb der französische Manager weiter. Trotz der Turbulenzen gratulierte Faury den 160.000 Mitarbeitenden zu den seiner Einschätzung nach insgesamt "guten Ergebnissen" im vergangenen Jahr.

Die niederländische Fluggesellschaft **KLM** meidet wegen der **wachsenden Spannungen** bis auf Weiteres weite Teile des **Nahen Ostens**. Aus Vorsicht werde der Luftraum über dem Iran, dem Irak und Israel sowie über mehreren Golfstaaten nicht mehr genutzt, teilt die Tochter von Air France-KLM mit. Ziele wie Dubai, Riad, Dammam und Tel Aviv würden vorerst nicht mehr angeflogen. Hintergrund ist die Sorge vor einer militärischen Eskalation zwischen den USA und dem Iran (Reuters).

Ein schwerer **Wintersturm** hat am Wochenende Hunderttausende Menschen in den **USA** von der Stromversorgung abgeschnitten und große Teile des Flugverkehrs lahmgelegt. Am Sonntag wurden nach Angaben des Flugverfolgungsdienstes FlightAware fast 10.000 Flüge gestrichen, nach mehr als 4000 bereits am Samstag. Große Fluggesellschaften warnten die Passagiere vor kurzfristigen Flugplanänderungen. Delta Air Lines teilte mit, sie verlege Experten aus ihren nördlichen Drehkreuzen in den Süden. JetBlue strich bis Montag rund 1000 Flüge, und auch United Airlines sagte vorsorglich Verbindungen ab (Reuters).

Technologie

Samsung Electronics will einem Insider zufolge im kommenden Monat mit der Produktion seiner Speicherchips der nächsten Generation (HBM4) beginnen und diese an den US-Konzern **Nvidia** liefern. Damit will der südkoreanische Konzern zu seinem heimischen Rivalen **SK Hynix** aufschließen, der als Hauptlieferant für die in der Künstlichen Intelligenz (KI) entscheidenden Chips gilt. Die südkoreanische Zeitung "Korea Economic Daily" berichtete am Montag

unter Berufung auf Branchenkreise, Samsung habe die Qualifikationstests für Nvidia und AMD bestanden. Die Samsung-Aktie legte daraufhin um 2,2 Prozent zu, während die Papiere von SK Hynix um 2,9 Prozent nachgaben (Reuters).



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

